

Ein Staatsfonds aus Nationalbank-Geldern

Die Anlagestrategie der SNB muss sich ändern.

Die Schweizerische Nationalbank legte am Montag mit einem gigantischen Verlust von 132 Milliarden Franken per 2022 das schlechteste Ergebnis in ihrer 115-jährigen Geschichte vor. Das kam nach den drei ersten Quartalsergebnissen nicht überraschend, bleibt aber trotzdem erschreckend.

Die Politik mischt sich nicht in die Geschäftsführung der SNB ein. Die Notenbanker haben unabhängig von den Bedürfnissen des Bundeshauses für Währungs- und Preisstabilität zu sorgen. Dieser Grundsatz hat sich fest etabliert.

Doch fällt ein Ergebnis derart aus dem Rahmen, muss die Strategie auf den Prüfstand. Es ist mehr als eine Eintagsfliege. Immer mehr Leute, gerade auch beim Bund und in den Kantonen als SNB-Eigener, fragen sich, ob bei der Verwaltung unseres Volksvermögens etwas falsch läuft. Und was sich besser machen liesse.

Nach Anhörung von Experten und einigen Diskussionen ist für mich klar: so ziemlich einiges. Ich habe dazu schon 2021 und nochmals im Dezember 2022 Vorstösse eingereicht. Sie wurden leider abgewiesen. Noch scheint die Zeit für die Mehrheit nicht reif, die «heilige Kuh» SNB vom Glatt-eis zu führen. Dabei wäre Handlungsbedarf dringend. Die SNB hat 2022, in einem einzigen Jahr, in ihrem Elfenbeinturm mehr Volksvermögen verbrannt, als ihre ganze Bilanzsumme vor der Finanzkrise 2008/2009 hoch war, und im Jahre 2022 ihre über Jahrzehnte angehäuften Reserven mit einem Schlag vernichtet. Da müssen doch alle Alarmglocken schrillen. In jeder unabhängigen Unternehmung hätte das für die Geschäftsführung schwerste Konsequenzen. Nicht so bei der Nationalbank. Sie versteht es, ihr Versagen kleinzureden. So beschränkten sich die öffentlichen Kritiken nach der Präsentation des Resultates letztlich auf die fehlende Gewinnausschüttung für Bund und Kantone. Die gigantische Ver-

mögensvernichtung wurde kaum hinterfragt.

Nach diesem annus horribilis wird es, Wunder ausgeschlossen, vermutlich Jahre dauern, bis die SNB wieder Gewinne wird ausschütten können. Letztes Jahr waren es für Bund (1/5) und Kantone (2/5) immerhin sechs Milliarden. Für den Kanton Wallis übrigens über 100 Mio. Franken. Die mangelhafte Strategie in der Bewirtschaftung der fast 1 Billion Franken hohen Devisenbestände ist erklärbar. Die SNB setzt, gemäss eigenen Aussagen, auf möglichst marktneutrale Anlagen auf der ganzen Breite des Indexes. Das ist ungenügend. Zwangsläufig hat sie damit unter den Beteiligungen an über 2500 Firmen eine Masse von Ramschpapieren in ihrem Portfolio. Aktien, die niemand will.

Das müsste nicht sein, würde die SNB weniger passiv investieren und sich strikt am Marktpotenzial der Firmen orientieren. Oder zumindest auf nachhaltige Investitionen setzen, die für die Schweiz langfristig Sinn machen, etwa in den Bereichen Rohstoffe, Versorgungssicherheit und Infrastruktur.

Meine Motion hatte zum Ziel, einen Teil der SNB-Vermögenswerte in einen separat verwalteten Staatsfonds auszugliedern. Das hätte zumindest diesem Bereich ein beweglicheres und effizienteres Management ermöglicht. Gleichzeitig wären die Risiken minimiert worden, mit denen sich die Nationalbank aufgrund ihrer aufgeblähten Bilanz zunehmend konfrontiert sieht.

Man hätte als Versuch mit einem vergleichsweise bescheidenen Staatsfonds in der Höhe von 50 Milliarden Franken starten können. In einem Jahr wäre erwiesen gewesen, ob sich die Strategie bewährt. In Norwegen und Singapur sind in ähnlicher Form bestehende Staatsfonds jedenfalls sehr erfolgreich. Sie schneiden im langjährigen Vergleich besser als die SNB ab. Das hat

weniger mit der Güte der Vermögensverwalter als mit dem System zu tun. In der Schweiz geht das auch, wie der AHV-Ausgleichsfonds beweist.

Der Verlust von 132 Milliarden Franken ist unter keinem Titel schönzureden. Er nährt die Haltung der SNB-Kritiker, die der Nationalbank vorhalten, Währungsmanipulation zu betreiben und sich mit massgeblichen Aktienbeständen an ausländischen Konzernen zu beteiligen, die nicht im Interesse der Schweiz sind. Die SNB müsse ihre Rolle als Vermögensverwalterin deshalb grundsätzlich überdenken, zumal sie als Hüterin von Währung und Inflation genug gefordert sei.

Wenn es uns schon nicht gelingt, den Verkauf von wertvollen Schweizer Firmen ins Ausland zu verhindern, könnten wir unser Volksvermögen wenigstens in sie investieren. Aktien des Schweizer Solarmodul-Herstellers Meyer Burger wären, als Beispiel, nachhaltiger und mir im SNB-Portfolio deutlich lieber als solche von US-Ramschfirmen wie GameStop. Wenn ernsthafte ausländische Investoren wie der norwegische Staatsfonds das ebenso sehen, müsste das auch der Nationalbank zu denken geben. Oder wie wäre es, wenn wir uns, wie jüngst die EU im Dezember 2022, chilenische Lithium- und Kupfervorräte sichern würden? Oder wie wollen wir sonst die ambitionierten Klimaprogramme umsetzen? In der Schule lernten wir früher immer, die Schweiz sei ein rohstoffarmes Land, ich befürchte zudem: ein ideenloses Land...



Beat Rieder
1963, stammt aus Wiler. Er ist Ständerat der Mitte Oberwallis.
beat.rieder@parl.ch